

POLITIKBERATUNG UND -KOMMUNIKATION

Mehr Frauen in die Politikberatung!

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Nach wie vor studieren deutlich weniger Frauen (35 Prozent) als Männer (65 Prozent) Volkswirtschaftslehre. Der Anteil der VWL-Lehrstühle, die mit Frauen besetzt sind, beträgt sogar nur 15 Prozent. Auch in der wissenschaftlichen Politikberatung sind Frauen in der Minderzahl. Das FAZ-Ökonomen-ranking 2020 listet unter den Top 100 deutschsprachigen Ökonominen und Ökonomen lediglich 15 Frauen, die beste von ihnen auf Rang 14. Und während zwar aufgrund jüngster Berufungen im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) aktuell der Frauenanteil 40 Prozent beträgt, liegt er in den Wissenschaftlichen Beiräten beim Bundesministerium der Finanzen und für Wirtschaft und Energie bei nur 14 bzw. 15 Prozent. Im Kontrast dazu sind Wissenschaftlerinnen generell sowie speziell Ökonominen in interdisziplinären Gremien sehr viel zahlreicher vertreten. So sind 71 Prozent der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) Frauen und ihr Anteil an den Mitgliedern mit ökonomischem Hintergrund beträgt sogar 100 Prozent. Noch schlechter als in der Wissenschaft und der Beratung steht es um die Präsenz von Ökonominen in den Medien.

„Für die Politikberatung ist ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis sehr positiv, da dadurch eine andere Diskussionsatmosphäre entsteht und Frauen andere Perspektiven in die Diskussion einbringen“, sagt Karen Pittel vom ifo Institut und Mitglied im WBGU. Dass die Frauenanteile in wissenschaftlichen Beratungsgremien nur allmählich zunehmen, liegt auch daran, dass die Mitgliedschaft z.T. auf Lebenszeit besteht. Der Wechsel der Mitglieder vollzieht sich somit generell langsamer, und die (Neu-)Berufung erfolgt oft erst ab Mitte der wissenschaftlichen Laufbahn. Damit spiegeln die heutigen Besetzungen auch den Professorinnenanteil von vor sieben oder zehn Jahren wider. Ebenfalls dürfte eine Rolle spielen, dass vielfach innerhalb von Netzwerken berufen wird, in denen Frauen oft (noch) nicht präsent sind. „Die Anwendung des Bundes-

gremienbesetzungsgesetzes spielt für einen höheren Frauenanteil in der Beratung eine wichtige Rolle, denn sie zwingt dazu, ernsthaft nach geeigneten Frauen zu suchen“, betont Monika Schnitzer von der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitglied im SVR. „Eine Frauenquote führt zudem auch zu einer insgesamt höheren Qualifikation der Mitglieder in den Gremien, da der Wettbewerb um die Plätze steigt“, ergänzt Karen Pittel.

Wissenschaftliche Beratung und akademische Karriere sind generell für jüngere Wissenschaftler schwer zu vereinen, da sie unterschiedliche Anforderungen stellen. In der Beratung spielen angewandte Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle, deren Beantwortung umfassendes Institutionenwissen und stets aktuelle Daten erfordert. Für die wissenschaftliche Karriere sind dagegen theoretische und empirische Fragestellungen mit internationalem Fokus relevant, um in den Top-Journals publiziert zu werden. „Politikberatung ist ein „add-on“ zur wissenschaftlichen Karriere. Für Frauen mit Familie sind die Opportunitätskosten der wissenschaftlichen Beratung besonders hoch – in der Praxis oftmals höher als für Männer. „An den Universitäten wird Beratung zudem oft als nicht so wichtig angesehen“, sagt Britta Gehrke von der Universität Rostock. Den Spagat zwischen Beratung und wissenschaftlicher Karriere zu meistern, ist für diejenigen leichter, die an einem Wirtschaftsforschungsinstitut tätig sind. „In den Instituten gehört Beratung zum Alltagsgeschäft, und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten wichtige Unterstützung z.B. in Form von Medientrainings oder Hilfe beim Verfassen von Namensartikeln“, weiß Katharina Wrohlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin aus eigener Erfahrung.

Ein möglicher weiterer Grund für die geringe Präsenz von Frauen in der wissenschaftlichen Politikberatung könnte darin liegen, dass Frauen sich eher auf vermeintlich „weiche“ Themen wie Familien-, Bildungs- und Umweltpolitik sowie auf Themen an der Schnittstelle zu anderen Disziplinen spezialisieren, die in Beratungsgremien wie wissenschaftlichen Beiräten nicht so gefragt sind.

Um den Anteil von Frauen in der wissenschaftlichen Beratung zu erhöhen, können Expertinnenlisten hilfreich sein. Diese müssen jedoch proaktiv bei denjenigen bekannt gemacht werden, die über Gremienbesetzungen entscheiden.

Auch Rankings wie das FAZ-Ökonominen-ranking können zu mehr Sichtbarkeit von

KERNAUSSAGEN

Die Wirtschaftswissenschaft und die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung sind nach wie vor Männerdomänen. Frauen sind sowohl in Lehre und Forschung als auch in wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie Medien unterrepräsentiert. Gründe dafür sind u.a. höhere Opportunitätskosten von Frauen aufgrund familiärer Verpflichtungen, stereotype Auswahl bei der Besetzung offener Positionen, Altersprofile und Berufungsregeln von Gremien sowie die von Frauen häufiger gewählten Forschungsfelder. Der geringe Anteil von Frauen in der Politikberatung kann sich nachteilig auf die Beratung auswirken, denn mehr Diversität geht oft mit robusterer und besserer Beratung einher. Nicht zuletzt deshalb sollten mehr Frauen in der wissenschaftlichen Beratung aktiv sein. Zum Erreichen dieses Ziels können (gesetzliche) Vorgaben zur Besetzung von Gremien und Diskussionsrunden einen Beitrag leisten. Darüber hinaus können Expertinnenlisten oder Rankings wie das FAZ-Ökonominen-ranking zu mehr Sichtbarkeit von Frauen in der Politikberatung beitragen. Zudem sollten Frauen stärker in den (sozialen) Medien zu Wort kommen.

Frauen in der Politikberatung beitragen. Solche Listen können nicht nur bei der Suche nach qualifizierten Expertinnen für Beratungsgremien hilfreich sein, sondern es auch Medien erleichtern, kompetente Gesprächspartnerinnen zu finden. Frauen sollten zudem versuchen, sich selbst und ihre Themen noch offensiver zu vermarkten, beispielsweise durch Namensartikel oder verstärkte Aktivität in den sozialen Medien. Durch eine höhere Präsenz können sie so als Vorbild für andere Frauen dienen und dazu beitragen, dass Stereotype abgebaut werden.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Underrepresentation of women in economic policy advice – causes, consequences and remedies“ im Rahmen der Jahrestagung 2020 des Vereins für Socialpolitik mit Prof. Dr. Britta Gehrke (Universität Rostock), Prof. Dr. Karen Pittel (ifo Institut, LMU München und WBGU), Prof. Dr. Monika Schnitzer (LMU München und SVR) sowie Dr. Katharina Wrohlich (DIW Berlin). Moderation: Prof. Dr. Karen Horn.

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org